

El Salvador verhaftet Menschenrechtsanwalt, der Präsident Bukele kritisiert

Die Festnahme der Menschenrechtsanwältin Ruth Eleonora López in El Salvador sorgt für internationale Kritik und wirft Fragen zur zunehmenden Autoritarismus unter Präsident Bukele auf.



Die Behörden in El Salvador haben eine prominente Anwältin verhaftet, die die Regierung von Präsident **Nayib Bukele** scharf

kritisiert. Menschenrechtsgruppen haben diese Festnahme als einen besorgniserregenden Schritt gewertet, der eine zunehmende Tendenz zum „Autoritarismus“ im Land widerspiegelt.

Vorwürfe gegen Ruth Eleonora López

Ruth Eleonora López, die Leiterin der Anti-Korruptions- und Justizabteilung der Menschenrechtsorganisation Cristosal, wird beschuldigt, an einem „Diebstahl von Staatsgeldern“ beteiligt gewesen zu sein, wie die Generalstaatsanwaltschaft von El Salvador mitteilte. Laut den Ermittlungen und Informationen, die während der Durchsuchungen gesammelt wurden, sei ihre aktive Beteiligung an den ihr vorgeworfenen Taten identifiziert worden. CNN hat um weitere Informationen von der Staatsanwaltschaft gebeten.

Kritik an der Vorgehensweise der Behörden

Bei einer Pressekonferenz am Montag neben den Vertretern von Cristosal äußerten López' Mutter und Ehemann, dass die Festnahme einem wiederkehrenden Muster folge, bei dem Aktivisten festgenommen, der Kontakt zu ihren Familien verweigert und ihr Aufenthaltsort geheim gehalten wird. Sie behaupteten, die Behörden seien mit „falschen Vorwänden“ vor ihrer Tür erschienen und hätten behauptet, es hätte einen Verkehrsunfall gegeben, um sie nach draußen zu locken. Sie wurde dann festgenommen, ohne dass ihr ein Durchsuchungsbefehl gezeigt wurde. Bislang wissen sie nicht, welche formalen Anklagen gegen sie erhoben wurden, abgesehen von dem, was die Generalstaatsanwaltschaft auf X veröffentlicht hat.

Wachsende Besorgnis über Menschenrechte

„Dies sendet eine Botschaft, dass die Regierung bereit ist, zu repressiven Mitteln zu greifen und Menschenrechte zu verletzen

- und zu diesem Zeitpunkt versucht sie kaum, dies zu verbergen. Es ist praktisch ein Eingeständnis“, sagte Abraham Ábrego, Direktor für Strategische Klärung bei Cristosal. Die Organisation bezeichnete die Maßnahme als eine „kurzfristige erzwungene Verschwindenlassen“, da unklar ist, wo López, eine Anwältin und Universitätsprofessorin, festgehalten wird. Cristosal hat die Behörden aufgefordert, López' Anwalt zuzulassen, damit dieser sie besucht.

Kritik an der Regierung Bukele

López, die 2024 von der **BBC** in einer Liste der 100 einflussreichsten und inspirierendsten Frauen anerkannt wurde, hat die mangelnde Transparenz der Bukele-Regierung scharf kritisiert. Sie hat sich über mutmaßliche Missbräuche des Staates geäußert, insbesondere während des andauernden Ausnahmezustands zur Bekämpfung von Verbrechen, sowie über die gestiegene öffentliche Verschuldung ohne nähere Angaben zu Investitionen oder dem Einsatz öffentlicher Mittel für den Kauf von Bitcoin. Auch die Entscheidung der Regierung, das Mining zu unterstützen, traf auf heftige Kritik.

Hintergrund der Festnahmen

López war zwischen 2009 und 2014 Beraterin des ehemaligen Präsidenten des Obersten Wahlgerichts, Eugenio Chicas, der im vergangenen Februar wegen mutmaßlichen illegalen Reichtums zu Lasten der öffentlichen Verwaltung festgenommen wurde und auf nicht schuldig plädiert hat. CNN hat um eine Stellungnahme von Chicas und seinem Anwalt zu diesen Vorwürfen gebeten.

Ausnahmezustand und seine Folgen

Seit seinem Amtsantritt im Jahr 2019 hat Bukele **umstrittene Maßnahmen** ergriffen, um die Kriminalität und Ganggewalt, die das Land seit Jahren plagten, einzudämmen. Im Jahr 2022 erklärte er mit Unterstützung der Parlamentarier einen

Ausnahmezustand, der es der Regierung ermöglichte, vorübergehend verfassungsmäßige Rechte, einschließlich des Rechts auf staatliche Rechtsvertretung, auszusetzen. Diese Maßnahme sollte 30 Tage dauern, wurde jedoch zahlreiche Male verlängert und dauert bis heute an.

Internationale Reaktionen

In den drei Jahren seit der Erklärung des Ausnahmezustands haben die Sicherheitskräfte laut Behörden landesweit nahezu 87.000 Menschen festgenommen, was mehr als 1 % der salvadorianischen Bevölkerung entspricht. Die Regierung behauptet, die Maßnahmen zur Bekämpfung der Kriminalität hätten das Land sicherer gemacht, aber Kritiker argumentieren, dass dabei die Menschenrechte verletzt wurden und es zu unzähligen rechtswidrigen Festnahmen gekommen ist. Internationale Gruppen, darunter Amnesty International, haben die Festnahme von López in einer **gemeinsamen Erklärung** am Montag verurteilt und betont, dass der Ausnahmezustand in El Salvador „nicht nur zur Bekämpfung von gangbezogener Gewalt, sondern auch als Mittel zur Stillerte kritischer Stimmen“ genutzt wurde.

CNN hat die Präsidentschaft um eine Stellungnahme zu diesen Ereignissen gebeten.

Details

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at